

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbüchler und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abgabe: Die monatliche Ausgabe (Kopiergebühr) über den
Preis 35 Pf., für Familienmitglieder 30 Pf., für die Kassenkasse (einschl. Post) an den
bestellenden Teil einer Tageszeitung 1,50 RM. Einzelnummern nur
während der Zeit der Ausgabe in Dresden, 1. Sächsische Straße 2.
Bestellungspreis: Postkonto monatlich 2,50 RM (schl. im Voraus), durch
die Post 2,75 RM (schl. im Voraus). Der „Arbeiterstimme“ erscheint täg-
lich, außer an Feiertagen und Sonntagen. Im Falle höherer Gewalt bleibt kein
Haftung auf Lieferung der Zeitung über auf Durchführung des Bestellscheines.
Verlag: Dresden, Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K., Schulstraße und Re-
daktion: Silesienstraße 2, General 17 209. Postfach: Dresden 18 603.
Druckerei: Königs 18-20 für alle Geschäftstage, Mittags 15-18 Uhr
betriebs- und arbeitslos. Sonntags 15-19 Uhr für die Geschäfts-
tage.

6. Jahrgang Dresden, Dienstag den 24. Juni 1930 Nummer 144

Vorstoßen!

Dresden, 24. Juni.

Nach ist das Wahlergebnis nicht amtlich bestätigt, und schon beginnt das Raufen um die Ministerstellen. Der Sozialdemokratische Pressedienst fragt: „Warum haben wir gewählt?“, und er meint, daß der Verlust von 51.000 Stimmen zwecklos gewesen sei; denn die parlamentarische Basis einer Großen Koalition sei jetzt noch deutlicher als vor dem Wahltag.

Von den Nazis verlaublich, daß sie eine Regierung der Kapitalistischen Parteien mitmachen werden, falls sie ein oder zwei Ministerposten erhalten, das Arbeits- und Innenministerium, erhalten.

Ein Teil der bürgerlichen Presse tippt auf ein „unpolitisches“ Kabinettsmitglied, Schick als Ministerpräsident, mit Unterstützung der Nazis.

Schließlich langt das Berliner Tageblatt in die Kabinettskammer des Reichspräsidenten und fordert als Lösung der Regierungskrise eine „reichskommissarische Besetzung“.

Welche Regierung auch in Sachsen aus Kader gelange, ihre Aufgabe ist klar umrissen: Durchführung des Youngplans, Sicherung der Unternehmeroffensive auf Abbau der Löhne und Gehälter, Verschärfung des massenfeindlichen, reaktionären Finanz- und Steuerprogramms, Übertragung des Bürgerkriegsprogramms vom Reich auf Sachsen.

Statt Brot und Arbeit für die Erwerbslosen weiterer Unterdrückung, statt Lohn- und Gehaltserhöhung weiterer Lohnraub, statt steuerliche Entlastung der Kleinbauern und des Mittelstandes weitere Steuerbelastungen.

Für den Kapitalismus gibt es keinen anderen „Ausweg“ aus der Krise, und jede Regierung, ob mit Hindt oder Brüning, ist das Werkzeug der kapitalistischen Ausbeuter.

Mit Wahlen und Versprechungen haben die SPD-Führer und die Faschisten den Wahlkampf geführt. Noch heute morgen schrie das Faschistenblatt:

„Die Parole heißt: Generalkrieg gegen Young, keinen Pfennig Lohn- und Gehaltsabbau, keinen Pfennig neue Steuern!“

Wir werden diese Betrüger zwingen, Arbeit zu bekennen. Ebenso wie bereits zehntausende SPD-Arbeiter am 22. Juni gelehrt haben, daß sie das hinter rechtslosen Phrosen verborgene reaktionäre Gesicht ihrer Führer erkennen, ebenso werden wir dafür sorgen, daß die Angestellten und Beamten, Mittelständler und Kleinbauern, die diesmal Hitler wählten, ihre eigenen Sinne wählen.

Schon haben die Kommunisten im Landtag eine Reihe von Anträgen eingebracht. Daß wir das Schwere getroffen haben, zeigt ein Blick in die bürgerliche Presse. Die Dresdner Nachrichten von heute morgen schreiben:

„Die Kommunisten stellen schon Anträge. In der Reichstags- und die Kommunisten allen anderen Parteien zweifellos über. Bereits am Tage nach der Wahl haben sie beschlossen, vier Anträge im Landtag einzubringen, obwohl es rechtlich unzulässig ist in dem Augenblick, wo der Landtagswahlrecht ihre Erwählung schließt...“

Die Folge (der KPD-Anträge) wäre der finanzielle Ruin des Staates und aller Gemeinden. Man erkennt den reinen Agitationscharakter all dieser gänzlich un-durchführbaren Anträge.“

Ebenso antwortet die andere bürgerliche Presse. Was sind das nun für „undurchführbaren“ Anträge? Wir fordern:

Siebenstundentag als Maximalarbeitstag, Heberweisung des gesamten Einkommens für den Wohnungsbau, zwecks Arbeitsbeschaffung sofortige Inangriffnahme verschiedener großer Bauteile, feinen Abbau der Gehälter bei den unteren und mittleren Beamten, Festlegung der Minister- und Beamtengehälter auf 8000 RM jährlich.

Diese Anträge haben wir als erste gestellt. Die Faschisten und „linken“ SPD-Führer, deren Stimmen, falls sie für unsere Anträge stimmen, eine absolute Mehrheit ergeben, werden jetzt von uns gezwungen, Farbe zu bekennen.

Aber selbst eine Annahme solcher Anträge brächte nicht mal ihre Verwirklichung. Sie würden von der ausführenden Staatsgewalt sabotiert und unterbunden werden. Sie durchzusetzen, bedarf es des Einflusses der außerparlamentarischen Macht des sächsischen Proletariats.

Am 1. Juli läuft der Metallarbeitervertrag für Sachsen ab. Mehr als 150.000 Metallarbeiter werden von der Lohnabbauoffensive der sächsischen Kapitalisten bedroht.

Der Gehaltsabbau für die Angestellten wird auf dem Fuße folgen. Die Offensiv der Textilkapitalisten hat ebenfalls schon eingesetzt. Umfassende Eisen- und Kohlen-lieferungen in Sachsen stehen bevor. Wir Kommunisten werden und müssen die proletarische Gegenoffensive organisieren.

Wir müssen jetzt vorstoßen auf breiterer Front!

Ergründung von Kampfmaßnahmen in den Betrieben, Bildung vorbereitender Kampfschulen, Bündnis zwischen Betrieb und Stempelstelle, zwischen Betrieb und Büro, Fortschritt in den Gewerkschaften, Aufstellung und Popularisierung eigener Tarifvertragsentwürfe der revolutionären Opposition, Kampf gegen Arbeitsgemeinschaft.

Bei dieser Mobilisierung und Organisation von Kämpfen gegen die Unternehmeroffensive, bei diesem Kampfe Klasse gegen Klasse werden sich nicht nur die sozialdemokratischen Koalitionspolitiker, sondern ebenso die faschistischen Selbstbetreiber als Streifbrecher, als Feinde des kämpfenden Proletariats entlarven.

Indem wir den faschistischen Plutokrat gegen die Arbeiter mit der Entfaltung breiterer proletarischer Adhäsionsorganismen aus den Betrieben heraus beantwortet, werden wir gleichzeitig einen politisch-ideologischen Kampf gegen den Faschismus erfolgreich führen.

Vorstoßen, heißt jetzt für uns Kommunisten die Generaloffensive. Mehr als 350.000 Werktätige Sachsens haben am Sonntag Kommunisten gewählt. Sie müssen das große Heer der Agitatoren und Organisatoren der revolutionären Einheitsfront werden. Sie dürfen die Kapitalisten und ihre Trabanten nicht zur Ruhe und Besinnung kommen lassen. Sie müssen an allen Fronten des Klassenkampfes den Wahlbetrüger des 22. Juni auf den Heren sitzen. Sie werden dann unter Führung der KPD eine Macht sein, die im selben Maße stürmisch wächst wie die Werkschergen der Anechtsrolle der Faschisten und SPD-Führer im Dienste der kapitalistischen Ausbeuter erkennen und praktisch erfahren.

Vorstoßen! heißt die Losung! Kommunisten, vorwärts!

Gofortiger Zusammentritt des Landtags von den Kommunisten gefordert Schnellste Behandlung unserer Anträge zwecks Arbeitsbeschaffung usw.

Dresden, den 23. 6. 30.

Abstrakt

An den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen
Dresden, Schloßplatz 1.

Nach Artikel 8 der Sächsischen Landesverfassung tritt der Landtag am 30. Tage nach der Wahl zusammen, wenn er vom Gesamtministerium bis dahin nicht einberufen worden ist. Unter Bezugnahme auf den 2. Teil des Satzes 2, der dem Gesamtministerium das Recht der Einberufung des Landtages zuspricht, erlauben wir, die baldige Einberufung des Landtages zu veranlassen.

Nach Presseberichten dürfte die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses ungefähr acht Tage in Anspruch nehmen.

Die Möglichkeit der Einberufung des Landtages am Dienstag dem 1. Juli besteht demnach.

Sollte dieser Termin unmöglich sein, so ersucht unterzeichnete Fraktion den Landtag für Donnerstag den 3. Juli, spätestens aber für Dienstag den 8. Juli einzuberufen.

Wir halten angesichts der vielfachen Erwerbslosigkeit, der Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und der Durchführung eines Neuprogramms, sowie der Beschlußfassung und Stellungnahme zur Verlängerung der Arbeitszeit das schnellste Zusammen-treten des Landtages für geboten.

Wie Ihnen inzwischen bekannt sein dürfte, hat unterzeichnete Fraktion dem Landtag Anträge in dieser Beziehung unterbreitet, an deren schneller Behandlung uns liegt.
Kommunistische Landtagsfraktion.

Vorwärts zur Gegenoffensive auch in Sachsen!

Streiffront gegen Lohnabbau!

Die Arbeiter von Nordwest wählen Kampfleitungen

Essen, 24. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Belegschaftsversammlung der Metallbetriebe Ohren-Kein & Koppel in Dortmund wählte einen vierköpfigen vorbereitenden Kampfausschuss und beschloß, bei eintretendem Lohnraub in den Streik zu treten.

Gleichzeitig wählte die Belegschaft des Metallbetriebes Tuchs in Dortmund einen aus 4 Belegschaftsmitgliedern bestehenden Kampfausschuss, woraus der Versammlungsleiter und Anhänger der DWA-Bürokratie, der Betriebsratsvorsitzende der Firma Tuchs, vergeblich die Wahl verhindern wollte.

Auch in den Versammlungen der Kruppwerke in Duisburg, Rheinwerft in Walsum und Krupp in Rheinhausen wurden Kampfausschüsse auf breiter Grundlage gewählt.

Mansfeld unerschüttert! Faschisten als Streifbrecher

Halle, 24. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Lage im gesamten Streifgebiet ist unverändert günstig. Auch heute machte die Mansfeld-WG in verstärkter Nähe den Versuch, Streifbrecher heranzuführen. In Schmalzrode forderte der Gemeindevorsteher alle Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr auf, sich in die Streifbrecherliste einzutragen.

In Hettstedt sollten 150 Stahlbeton für Streifbrecherarbeit abkommandiert werden. An dem geschlossenen Widerstand der roten Streifposten sind die Streifbrecherverfuch: gescheit-

tert. In Hettstedt besetzten 400 organisierte Streifposten der KPD alle Zugänge zu den Betrieben. Trotz härtester Polizeiprotestationen kamen nur wenige Streifbrecher an die rote Postenkette und wurden reiflos vertrieben.

Im ganzen Lande wächst der Zustrom der Streifenden zur KPD. In Eisleben konnte eine Agitationsgruppe von Frauen die Aufnahme von 41 für die KPD, 19 für die JUS und 8 für den NSDAP durchführen.

Große Eisenbahnerdemonstration Gegen Massenentlassungen und Lohnabbau — Die Eisenbahner folgen vor!

In den letzten Tagen haben in Oberhessen große Eisenbahnerdemonstrationen stattgefunden. Dem Aule der revolutionären Betriebsräte der oberhessischen Eisenbahnwerkstätten folgend, marschierten am 17. Juni in Oppeln über 1000 Eisenbahner auf.

Am 18. Juni demonstrierten in Gießen über 700 Arbeiter. In einer Resolution wendeten sich die Eisenbahner aus scharfsten gegen den Lohnabbau und gegen die vorgenommenen Lohnkürzungen. Sie erheben folgende Forderungen:

1. Verlängerung der Arbeitszeit auf sieben Stunden pro Tag bei entsprechendem Lohnausgleich und Beilegung der Dienstbaurechtsfragen;
2. für eine außerparlamentarische Lohnerrhöhung von 20 Pfennigen pro Stunde, Beilegung der Wirtschaftsgebiete, Ortsstellen, sowie Reduzierung der Lohngruppen von 8 auf 3;
3. Abbau der Gehälter der höheren Beamten;
4. Beilegung des Bedingeverfahrens und der Leistungszulagen;
5. Beilegung des Lohnschutzes.

Die oberhessischen Eisenbahner sind vorangegangen. Es ist nun notwendig, daß die Eisenbahner überall im Reich dem Beispiel ihrer oberhessischen Kollegen folgen.

Alles konzentriert sich auf den Solidaritätstag am 13. Juli im Bürgergarten